

Antrag Nr. 11-F-33-0038

CDU und SPD

Betreff:

Integration/Inklusion - Wiesbaden barrierefrei
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 12.10.2011

Antragstext:

Der Koalitions-Vertrag „Verantwortung für Wiesbaden“ beschreibt Aufgaben zur Integration und Inklusion behinderter Kinder in Kindertagesstätten und die Zielsetzung, einen kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung des „Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderung, Behindertenrechtskonvention, BRK“ zu erstellen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie weit sind die Integrationsbemühungen zugunsten behinderter Kinder in Tagesbetreuungseinrichtungen gediehen und welche weiteren Maßnahmen werden für erforderlich gehalten?
Es wird um separate Darstellung der Situation für die Bereiche Krippe, Elementarkindergarten, Schulhort, Betreuende Grundschule und Einrichtungen von Eltern-/Fördervereinen gebeten.
2. In wie weit wurden bisher bei der Gestaltung städtischer Eingliederungshilfen (SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe/SGB XII Sozialhilfe) Grundsätze des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderung, Behindertenrechtskonvention, BRK, bereits berücksichtigt, wo werden Schwerpunkte kommunalen Handlungsbedarfes gesehen und welche Planungen existieren zur Entwicklung eines kommunalen Handlungsprogramms?

Wiesbaden, 26.10.2011

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Christoph Manjura
Sozialpolitischer Sprecher
(SPD-Fraktion)

FdR.
Andreas Knüttel
Fraktionsassistent

FdR.
Thomas Schreier
Komm. Geschäftsführer